

Verkehrsraum fairteilen

Das Aktionsbündnis Radwegbau führt am 27.06.2021 in Zusammenhang mit dem diesjährigen Stadtradeln eine Kundgebung mit Radldemo in Starnberg durch. Mit der Veranstaltung weist das Bündnis auf die Notwendigkeit hin im Zuge des Starnberger Tunnelprojekts die oberirdische Stadtplanung am Menschen auszurichten und die Verkehrsflächen verbindlich neu zu ordnen.

Starnberg – Der B2-Tunnel-Bau wird mindestens 200 Mio EUR und viele Ressourcen kosten sowie die Stadt belasten. Für ihn spricht, dass man die oberirdischen Flächen zu Gunsten der Menschen neu und fair verteilen kann. Allerdings zeigen die Erfahrungen, beispielsweise in Mamhofen, dass neue Straßenbauprojekte nicht zwangsläufig mit einer Änderung der verkehrspolitischen Prioritäten einhergehen. Deshalb appelliert das Aktionsbündnis Radwegbau an die Verantwortlichen, die nicht motorisierten Verkehrsteilnehmer:innen verbindlich in den Mittelpunkt zu stellen. Dazu sind keine Absichtserklärungen, sondern verbindliche Planungen und Beschlüsse in Stadt- und Kreisrat erforderlich.

Die Veranstaltung am Sonntag, dem 27.06.2021 beginnt um 14:00 Uhr am Kirchplatz in Starnberg mit einer Kundgebung auf der unter anderem die STAGenda Gruppe ihre Vorschläge zur oberirdischen Verkehrsgestaltung vorstellen wird. Danach folgt eine Radldemo in Richtung Autobahn, wo der Übergang von der reinen Autotrasse in ein innerstädtisches Miteinander gelingen muss. Im Anschluss an die Radldemo ist eine Diskussion mit Bundestagskandidaten und politischen Akteuren geplant. Ende der Veranstaltung ist um 16:00 Uhr anberaumt.

Das Aktionsbündnis Radwegbau wurde von den Kreisverbänden des Bund Naturschutz Bayern, ADFC und VCD sowie den lokalen Fridays for Future und Omas for Future aus der Taufe gehoben und mittlerweile hat sich auch die Mobilitätswende Weßling angeschlossen. Ziel des Bündnisses ist, das Thema Radverkehr politisch höher zu priorisieren und das vom Landkreis selbst gesteckte Ziel von 21% Radverkehrsanteil entschlossener zu verfolgen. Denn der Radverkehr ist ein Schlüssel zur Verkehrswende. Die konkreten Forderungen des Bündnisses lauten:

- Das Landratsamt sollte die Umsetzung des Alltagsradroutennetzes deutlich aktiver als bisher unterstützen und gegebenenfalls auch mitfinanzieren. Dafür müssen Personal und Budgets bereitgestellt werden.
- Ein Mobilitätsbeirat des Kreistags wird eingesetzt, der unter anderem die laufende Priorisierung offener Maßnahmen begleitet.
- Die Fortschritte im Ausbau des Radverkehrsnetzes werden jährlich geprüft und veröffentlicht. Der Anteil des Radverkehrs am Modal Split wird mindestens im 4-Jahres-Turnus erhoben. Gegebenenfalls werden Maßnahmen zur Radförderung angepasst.
- Solange die baulichen Maßnahmen noch nicht umgesetzt werden können, sind pragmatische Übergangslösungen zu schaffen, beispielsweise durch Geschwindigkeitsreduzierungen von Tempo 30 inner- und Tempo 60 außerorts, sofern sich Radfahrende und Kfz die Verkehrsflächen teilen.
- Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die in der StVO festgelegten Sicherheitsabstände beim Überholen von 1,50 m innerorts und 2,0 m außerorts eingehalten werden.

Die Verkehrswende dient allen Verkehrsteilnehmern, reduziert das Konfliktpotenzial und erhöht die Sicherheit. Dafür tritt das Aktionsbündnis ein. Weitere Informationen unter www.verkehrsraum-fairteilen.de.

Für Rückfragen:

Heinrich Moser, VCD KV FFB-STA e.V., heinrich.moser@vcd-bayern.de, Tel. 0171/7516361

Bildquelle:

Gerhard Hippmann